

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Horst Ehmke MdB kommentiert den Ausgang der französischen Parlamentswahlen.

Seite 1/2

Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB regt Partnerschaften zwischen deutschen und türkischen Städten an.

Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB warnt vor Hörfunk-Werbung als Mittel zur Sanierung der Anstalten.

Seite 4

SPD-Sprecher Lothar Schwartz kritisiert, daß die Junge Union nicht mehr an den Weltjugendspielen teilnehmen will.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 55

20. März 1978

Kommunisten verhinderten besseres Abschneiden der Linken

Zum Ausgang der französischen Parlamentswahlen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Urnengang vom 19. März 1978 hat den sich seit Monaten hinziehenden Wahlkampf in Frankreich abgeschlossen. Die bürgerlichen Rechtsparteien konnten im zweiten Wahlgang eine bequeme Mehrheit der Parlamentssitze erringen; die Linksparteien konnten zwar die Zahl ihrer Mandate steigern, doch entspricht die Sitzverteilung nicht dem Ergebnis des ersten Wahlgangs vom 12. März 1978, in dem die Linksparteien mit einem leichten Vorsprung vor den bürgerlichen Rechtsparteien gelegen hatten. Der Ruf nach einer Änderung des Wahlrechts wird sich deshalb in Frankreich verstärken.

In Deutschland hat der Wahlkampf in Frankreich große Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil die Meinungsforschungsinstitute den in der "Union der Linken" zusammengeschlossenen Kommunisten, Sozialisten und Linksliberalen einen Wahlsieg vorausgesagt hatten. Einige Grundorientierungen der französischen Politik, wie sie von de Gaulle vor 20 Jahren gelegt worden waren, wären damit, wie sich aus dem "Gemeinsamen Programm" der Linksparteien entnehmen läßt, verändert worden.

Ganz offensichtlich hat der Streit in der Union der Linken die Wahlchancen der Linksparteien entscheidend beeinträchtigt. Die Risse, die sich schon seit Jahren in der Union der Linken zeigten, hatten sich im Herbst 1977 bei der Aktualisierung des Gemeinsamen Programms zum Bruch erweitert, der bis zu den Wahlen nicht mehr zu kitten war. Der Wähler hat die späte Einigung nach dem ersten Wahlgang vom

12. März 1978 nicht mehr honoriert; nach Monaten heftigen Streits und wüster Polemiken erschien vielen die plötzliche Eintracht unglaublich.

Eine objektive Würdigung der Vorgänge vom Herbst 1977 läßt klar erkennen, daß es die französischen Kommunisten (KPF) waren, die den Streit in der Union der Linken vom Zaun brachen. Der Grund dürfte vor allem in der Stagnation der KPF in der Wählergunst gelegen haben, während die Sozialisten, wie die Zwischenwahlen zeigten, stetig anwuchsen und die Kommunisten weit überflügelten. Auch Moskau war ein Sieg der Union der Linken kaum willkommen, so daß sich auch eine Einflußnahme auf die KPF aus dieser Richtung nicht ausschließen läßt.

Frankreichs Sozialisten sehen sich vorerst noch durch die Manöver der Kommunisten um die Früchte ihrer langjährigen Arbeit betrogen. Es wird jedoch entscheidend von ihnen abhängen, ob es künftig in Frankreich eine echte linke Alternative zur Politik der bürgerlichen Rechtsparteien geben wird, die nunmehr schon seit 20 Jahren an der Macht sind und die ein weiteres Mandat für fünf Jahre erhalten haben. Mit Umsicht und Entschlossenheit müssen Frankreichs Sozialisten das Erreichte bewahren und weiter ausbauen. Sie können sich dabei der brüderlichen Solidarität der deutschen Sozialdemokraten gewiß sein.

Ein besonderes Dankeswort gebührt François Mitterrand, dem Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, der die französischen Sozialisten aus der Zersplitterung herausgeführt und wieder zu einem entscheidenden Machtfaktor in Frankreich gemacht hat. Wenn ihm der Erfolg vorerst versagt geblieben ist, so wird doch dadurch sein historischer Rang für den französischen Sozialismus nicht geschwächt. Auf ihm wird in den kommenden Monaten und Jahren, die für die französischen Sozialisten nicht einfach sein werden, eine große Verantwortung ruhen.

(-/20.3.1978/ks/lo)

+ + +

Städtepartnerschaften sind ausbaufähig

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Bundestagsvizepräsident und Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates
der Gemeinden Europas

Die Vorbereitungen für den Europäischen Partnerschaftskongreß 78, der auf Beschluß des Internationalen Präsidialrates und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas vom 28. bis 30. September 1978 auf Einladung der Stadt Mainz stattfindet, machen gute Fortschritte. Diese Veranstaltung wird die große Bedeutung sichtbar machen, die den zahlreichen Städtepartnerschaften zwischen europäischen Städten und Gemeinden zukommt, die über die offiziellen Verbindungen die Begegnung von Bürgern verschiedener Länder und Sprachen und vor allem auch der Jugend in Freundschaft vermittelt und die vorgelebt haben, was Europa einmal werden kann und soll.

Freundschaften dieser Art gibt es mittlerweile zwischen Städten und Gemeinden der inzwischen 19 Staaten, die dem Europarat angehören. Inzwischen tritt ein Land stärker in unseren Gesichtskreis, dessen Bürger zu Hunderttausenden in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten und zum Teil seit Jahren hier leben. Dieses Land, die Türkei, das sich Deutschland immer wieder freundschaftlich verbunden fühlt, ist in den letzten Jahren auch verstärkt Ziel deutscher Touristen geworden. Es unternimmt Anstrengungen, um gerade auf diesem Sektor nach vorn zu kommen. Auch auf diesem Hintergrund ist die Bitte vieler türkischer Bürgermeister aus letzter Zeit zu sehen, einen engeren Kontakt mit deutschen Städten aufzunehmen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie fruchtbar eine Städtefreundschaft und später -partnerschaft zwischen einer deutschen und einer türkischen Stadt trotz großer räumlicher Entfernung und trotz sprachlicher Barrieren sein kann, sind seit 1968 die Städte Darmstadt und Bursa. Zahlreiche Verbindungen vor allem kultureller, aber auch technologischer und praktischer Art - 1977 schenkte Darmstadt der Partnerstadt einen gebrauchten und renovierten Müllwagen - sind ein lebendiges Exempel.

Es sollte deutschen Städten, vor allem denjenigen, die viele türkische Mitbürger in ihren Mauern haben, bei dem Entschluß helfen, eine Kontaktaufnahme mit einer türkischen Stadt zu wagen. Die Begegnung mit einem ganz anders gearteten Kulturkreis und die Möglichkeit, die bei uns arbeitenden türkischen Mitbürger besser verstehen zu lernen, sollte einer der Gründe sein, ein solches Gespräch zwischen Städten und Gemeinden aufzunehmen.

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden Europas, die ihr Büro in Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199/201 hat, ist bereit, Kontakte anzubahnen und kontaktsuchende Städte und Gemeinden zu vermitteln.
(-120.5.1978/ks/10)

+ + +

Hörfunkwerbung als Finanzspritze ?

Die Qualität der NDR-Sendungen darf nicht beeinträchtigt werden

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Rundfunkrats beim Norddeutschen Rundfunk

Im Norddeutschen Rundfunk wird es vorläufig keine Hörfunkwerbung geben. Das ist das Ergebnis der jüngsten Sitzungen von Rundfunkrat und Verwaltungsrat, auf denen - quer durch die Parteien - die Skepsis überwog, ob mit dem Werbefunk nicht die Qualität des Programms erheblich beeinträchtigt würde und ob er überhaupt mit dem Programmauftrag einer öffentlich-rechtlichen Anstalt vereinbar sei. Der Rundfunkrat empfahl dem Verwaltungsrat, von der Einführung der Hörfunkwerbung abzusehen. Der Verwaltungsrat vertrat daraufhin seine Entscheidung um ein halbes Jahr.

Die Motive für die negative Einstellung zur Hörfunkwerbung sind unterschiedlich. Während sich SPD-Politiker auf die Grundsätze der eigenen Medienpolitik berufen (Orientierungsrahmen '85: "Der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollte Werbung in Rundfunk und Fernsehen ausschließen."), ist die CDU vor allem um das Wohl und Wehe der Heimatzeitungen und um die Abgrenzung gegenüber späteren privaten Sendern besorgt. Quer durch die Parteien schrecken aber auch die konkreten Erfahrungen, die in anderen Sendern mit der Eigendynamik der Werbung gemacht wurden.

Da der NDR an der Hörfunkwerbung in den nächsten vier Jahren 75 Millionen DM verdienen wollte, muß jetzt die mittelfristige Finanzplanung umgeschrieben werden. Nach den Beschlüssen der ARD-Intendanten von Anfang Februar sieht dies gar nicht mehr so finster aus. Und die Gebühreneinnahmen entwickeln sich auch erheblich besser, als das noch vor einem halben Jahr vorausgeschätzt wurde. Am wichtigsten scheint mir jedoch, daß die mit über 170 Millionen DM in vier Jahren veranschlagten Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung überprüft werden. Es ist nicht einzusehen, warum eine öffentlich-rechtliche Anstalt ihre Betriebsrenten nicht aus laufenden Einnahmen bestreiten soll.

Wenn das funktionieren soll, muß allerdings im Kreis der ARD-Intendanten umgedacht werden: Der NDR muß seine Rentenzahlungen beim Finanzausgleich genauso geltend machen dürfen, wie seine sonstigen Personalausgaben. Und er darf nicht von anderen Anstalten unter Druck gesetzt werden, ohne Hörfunkwerbung beim Finanzausgleich schlechter abzuschneiden. Das richtet sich vor allem an die Adresse sozialdemokratischer Intendanten, die kein Interesse daran haben sollten, daß mit weiteren Sündenfällen bei der Hörfunkwerbung das öffentlich-rechtliche System ausgehöhlt wird.

Die CDU - besonders die aus Schleswig-Holstein - hat ihre "Pleite-Kampagne" gegen den NDR jetzt allerdings als vordergründiges Propagandanöver zur Vorbereitung von Radio Kiel entlarvt. Wer in der Öffentlichkeit den angeblich drohenden Konkurs des NDR beschwört, eine ausreichende Gebührenerhöhung ablehnt und obendrein gegen die Finanzspritze aus der Hörfunkwerbung stimmt, dem kann man mit Fug und Recht Doppeltzungigkeit vorwerfen. Wir dürfen gespannt sein, welche Vorschläge die Vertreter der CDU in den NDR-Gremien zur Sanierung des angeblich so maroden Senders jetzt machen werden.

(-/ 20.3.1978/ks/lo)

+ + +

Rechtsruck bei der Jungen Union

CDU-Jugendorganisation verzichtet auf geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Wie eindeutig und vielleicht sogar endgültig die Scharfmacher und Siegelbewahrer des kalten Krieges auch in der zahlenmäßig grösseren Oppositionspartei die Oberhand gewonnen haben, ist auf dem Kongreß der Jungen Union am Wochenende überdeutlich geworden. Die Nachwuchsorganisation der CDU, die sich in der öffentlichen Selbstdarstellung so gern und viel ihrer angeblichen Unabhängigkeit rühmt, ist aus der Mutterpartei zurückgepfiffen und veranlaßt worden, die erwogene Teilnahme an den 11. Weltjugendfestspielen auf Kuba abzublasen. Damit hat die Junge Union den von der CSU befohlenen und in der Nach-Barzel-Ära in der CDU durchgesetzten Rückfall in Positionen des sturen und unfruchtbaren Antikommunismus gehorsam nachvollzogen. Sie hat sich also von der notwendigen geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus abgekoppelt und damit ein großes Stück Glaubwürdigkeit der totalen Konfrontationsstrategie des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß geopfert.

Dieses Ergebnis vom Wochenende hat eine interessante Vorgeschichte: Bereits eine Woche vor der Beschlußfassung der Jungen Union auf ihrem Kongreß in Hannover hatte der stellvertretende CDU-Sprecher heftig gegen die Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten polemisiert, an den 11. Weltjugendfestspielen in Havanna mit einer Delegation teilzunehmen. Dabei war Herrn Müllerleile peinlicherweise entgangen oder entfallen, daß auch die Junge Union bis zum 23. Februar 1978 in einer Koordinierungsgruppe der Jugendverbände zur Vorbereitung eben dieser Weltjugendfestspiele mitgewirkt und damit ihre Bereitschaft und Absicht zur Teilnahme bekundet hatte.

Das Gedächtnis des Herrn Müllerleile oder sogar das Archiv der CDU-Zentrale haben in diesem Zusammenhang eine weitere blamable (oder bewußte?) Lücke offenbar werden lassen: An den letzten Weltjugendspielen in Berlin-Ost nahmen nicht nur Vertreter der Jungen Union, sondern auch die jugendpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Rollmann und Hermann Kroll-Schlüter, teil. Ihnen bestätigte besagter Herr Müllerleile mit seiner jetzigen Polemik nachträglich, den "Propagandalockrufen der Kommunisten auf den Leim gegangen" zu sein.

An diesem Vorgang erweist sich zweierlei:

1. Wenn es um die Verdächtigung und Abwertung der Jungsozialisten geht, läßt sich ein wackerer Wortfechter der CDU weder durch Fakten noch durch Fairneß und schon gar nicht durch politische Vernunft beirren.
2. Die CDU bezweifelte die demokratische Grundauffassung und Zuverlässigkeit maßgeblicher Jugendverbände der Bundesrepublik Deutschland, die - wie ursprünglich auch die Junge Union - weiter in der Koordinierungsgruppe für die 11. Weltjugendfestspiele mitwirken. Es sind dies neben den Jungsozialisten und Jungdemokraten u.a. die Gewerkschaftsjugend, die Evangelische Jugend und die Sportjugend in unserem Land.

(-/20.3.1978/ks/lo)